

Glencore vertreibt Bäuerinnen

Glencore gehört zu den weltweit grössten Rohstoffkonzernen und hat den Hauptsitz im Kanton Zug. Immer wieder sorgt der Konzern für negative Schlagzeilen. Zuletzt mit einem Fall in Peru: Über Weihnachten hat Glencore-Sicherheitspersonal hier Indigene Bäuerinnen attackiert. Auch wir in der Schweiz müssen und können dagegen was tun!

Videoaufnahmen vom 29. Dezember zeigen, wie Sicherheitsleute von Glencore indigene Bäuerinnen mit Steinen attackieren. Eine Frau wird von einem Glencore-Angestellten zu Boden gerissen. Die betroffenen Bäuerinnen, die im Video zu Wort kommen, sehen sich ihrer Lebensgrundlage beraubt und sind verzweifelt ob ihrer Machtlosigkeit gegenüber dem Riesenkonzern Glencore. Die Aufnahmen hat ein peruanischer Journalist gemacht. Der Hintergrund: Glencore will die Kupfermine Antapaccay vergrössern, koste es was es wolle. Dafür schreckt der Konzern auch nicht davor zurück, Menschen von ihrem Land zu vertreiben.

Regelmässige Menschenrechtsverletzungen

Schon im letzten Frühling hat die Organisation Comundo über ähnliche Vorfälle berichtet: Am 3. April, wurde dieselbe indigene Gemeinde in der peruanischen Region Espinar von Angestellten des Bergbaukonzerns Glencore in Begleitung der peruanischen Nationalpolizei angegriffen. Indigene, die trotz der Drohungen ihr Land nicht verlassen wollten, wurden bedroht und verletzt. In die Übergriffe waren damals rund 40 Polizisten und Glencore Angestellte involviert.

Berichte über Glencores skrupellose Geschäftstätigkeit sind leider keine Seltenheit. Der Rohstoffriese ist regelmässig in Fälle von Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzungen verwickelt. Im letzten November publizierten die Organisationen Brot für alle und Fastenopfer einen Bericht über Glencores Aktivitäten im Kongo. Glencore betreibt hier Kupfer- und Kobaltminen. Im Umfeld der Minen kommt es immer wieder zu Umweltverschmutzungen. Der Bericht schildert, wie im Januar 2018 ein Deich auf dem Minengeländer der Kamoto Copper Company brach. Dadurch wurden die Felder und Gärten von 460 Familien durch Giftstoffe aus der Mine kontaminiert. Bis heute ist auf den Flächen keine Landwirtschaft mehr möglich. Aus der Kupfer- und Kobaltmine Mutanda flossen 2013 und 2014 Schadstoffe auf die Felder von 26 Bauernfamilien. Insgesamt wurden hier Böden und Ernten auf einer Fläche von knapp 24 Hektar zerstört, was in etwa 30 Fussballfeldern entspricht. Die Versehrnutzung war so gross, dass sie bis heute auf Satellitenbildern sichtbar ist. Auch diese Felder sind noch immer nicht richtig kultivierbar.

Zusammen gegen die Konzernlobby

Doch nicht nur Glencore sieht sich mit Vorwürfen wegen Menschenrechtsverletzungen und Umwelterstörung konfrontiert: Der Pestizid-Konzern Syngenta exportiert hoch giftige Pestizide, die hierzulande längst verboten sind. Und Schweizer Rohstoffhändler profitieren von Kinderarbeit auf Baumwollfeldern in Burkina Faso. Die Manager grosser Konzerne wissen genau, wo ihre Geschäfte mit den Menschenrechten im Konflikt stehen. Doch manche von ihnen gewichten den Unternehmensgewinn höher als den Schutz von Mensch und Umwelt. Deshalb braucht es jetzt endlich verbindliche Regeln für Konzerne. Genau dies verlangt die Konzernverantwortungsinitiative. Die Initiative fordert, dass Konzerne Menschenrechte und Umweltstandards respektieren und für allfällige Schäden geradestehen müssen. Konzerne sollen deshalb in Zukunft für Menschenrechtsverletzungen und Umwelterstörungen haften, die sie oder ihre Tochterfirmen verursachen. Viele Länder haben bereits ähnliche Gesetze verabschiedet, beispielsweise gegen Kinderarbeit oder den illegalen Handel mit Tropenholz.

Die Initiative wird von einem beispiellos breiten Verein getragen. Er besteht aus über 100 Hilfswerken, Frauen-, Menschenrechts- und Umweltorganisationen und gewerkschaftlichen Vereinigungen. Unterstützt wird sie auch vom „Wirtschaftskomitee für verantwortungsvolle Unternehmen“ und der Plattform „Kirche für Konzernverantwortung“. Trotz dieser breiten Unterstützung wird ein Sieg an Urne alles andere als ein Spaziergang werden. Die Konzernlobby wird alles daran setzen, dass die Initiative abgelehnt wird. Nur gemeinsam können wir die Abstimmung gewinnen, welche nächstes Jahr stattfinden wird. Hilfst du mit?

Mehr Informationen; www.konzern-initiative.ch.

Saraina Patzen.

Vorwärts, 7.2.2019.

Vorwärts > Glencore. Menschenrechte. Vorwaerts, 2019-02-07